

**GESETZESTECHNISCHE  
RICHTLINIEN (GTR)**

**DIRECTIVES SUR LA  
TECHNIQUE LÉGISLATIVE (DTL)**

**DIRETTIVE DI TECNICA  
LEGISLATIVA (DTL)**

**DIRECTIVES SUR LA TECHNIQUE LÉGISLATIVE (DTL)  
DIRETTIVE DI TECNICA LEGISLATIVA (DTL)**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundeskanzlei BK  
Chancellerie fédérale ChF  
Cancelleria federale CaF  
Chanzlia federala ChF

# Inhaltsverzeichnis



<b>5. Kapitel Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung eines völkerrechtlichen Vertrags, der dem obligatorischen oder fakultativen Referendum untersteht</b>	<b>4</b>
<b>1. Abschnitt Titel</b>	<b>4</b>
Allgemeine Bestimmungen	4
<b>Titel eines Bundesbeschlusses über die Übernahme und Umsetzung von Rechtsakten im Bereich Schengen/Dublin</b>	
Genehmigung eines Notenaustauschs	6
Genehmigung mehrerer Notenaustausche	8
<b>2. Abschnitt Ingress</b>	<b>8</b>
<b>3. Abschnitt Gliederung und Gestaltung der Artikel</b>	<b>11</b>
Allgemeine Bestimmungen	12
<b>Titel</b>	<b>12</b>
<b>Absätze</b>	<b>12</b>
<b>Aufzählungen (Buchstaben, Ziffern, Striche)</b>	<b>13</b>
<b>Sätze</b>	<b>15</b>
<b>4. Abschnitt Inhalt und typische Formulierungen</b>	<b>15</b>
Allgemeine Bestimmungen	15
<b>Genehmigung eines völkerrechtlichen Vertrags</b>	<b>15</b>
Bestimmungen über die Genehmigung von Notenaustauschen Schengen/Dublin	17
<b>Titel eines Bundesbeschlusses über die Genehmigung eines Notenaustauschs im Bereich Schengen/Dublin</b>	
Offizieller Titel des notifizierten EU-Rechtsakts	17
Kurzform	18
Offizieller Kurztitel	19
Genehmigung eines Notenaustauschs	19
Genehmigung mehrerer Notenaustausche	20
Angabe der Fundstelle	20
<b>Genehmigung völkerrechtlicher Verträge mit gleichzeitiger Umsetzung</b>	<b>21</b>
<b>Rückzug von Vorbehalten</b>	<b>21</b>
<b>Vorbehalte und Erklärungen</b>	<b>22</b>
<b>Rückzug von Vorbehalten</b>	<b>23</b>
<b>5. Abschnitt Referendums Klausel</b>	<b>23</b>
Referendums Klausel	24
<b>Inkrafttreten</b>	<b>24</b>
– Inkrafttreten an Bundesrat delegiert	24
– Inkrafttreten durch das Parlament beschlossen	25
Rückwirkendes Inkrafttreten	25
Inkrafttreten dringlicher Bundesgesetze	26
Gestaffeltes Inkrafttreten	26
– Inkraftsetzung durch das Parlament	26
– Inkraftsetzung ganz oder teilweise an Bundesrat delegiert	27
Teilinkraftsetzungsverordnungen (Sonderfall des gestaffelten Inkrafttretens)	27
– Titel	27
– Inhalt und Struktur	28
– klare Bezeichnung der Bestimmungen, die in Kraft gesetzt wurden	28

**Index**

**30**

# 1 5. Kapitel Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung eines völkerrechtlichen Vertrags, der dem obligatorischen oder fakultativen Referendum untersteht

Hier finden Sie die KAV-formatierten WORD-Vorlagen:

- Umsetzung auf Gesetzesstufe: 
- Umsetzung auf Verfassungsstufe: 

## 1.1 1. Abschnitt Titel

### 1.1.1 Allgemeine Bestimmungen

4 Die Titel der häufigsten und wichtigsten Erlassstypen nennen das erlassende Organ nicht explizit. Sie lauten wie folgt:

1. Bundesgesetz: «Bundesgesetz über ...»
2. Bundesbeschluss: «Bundesbeschluss über ...»
3. Verordnung des Bundesrates: «Verordnung über ...».

190\* Die Titel von Bundesbeschlüssen lauten immer «Bundesbeschluss ....» (in der Regel «Bundesbeschluss über ....»). Einfache Bundesbeschlüsse werden im Titel nicht als solche gekennzeichnet. Der einfache Bundesbeschluss trägt das Datum des letzten Beschlusses.

\* Randziffer geändert durch den Beschluss der Begleitgruppe GTR vom 18. Mai 2017.

195 Bei der Publikation von völkerrechtlichen Verträgen und von Beschlüssen internationaler Organisationen ist deren Titel im Wortlaut wiederzugeben. In der Botschaft und in den Beschlüssen über die Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen können (nicht offizielle) kürzere Titel verwendet werden (siehe die Rz. 198, 199 und 200).

196 Ist in den Bundesbeschluss über die Genehmigung eines völkerrechtlichen Vertrags kein schweizerischer Umsetzungserlass integriert, so lautet der Titel: «Bundesbeschluss über die Genehmigung des ...»

Beispiel:

**Bundesbeschluss  
über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und  
Serbien über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der  
Kriminalität**

vom 1. Oktober 2010

→ [AS 2011 809](#)

- 197 Ist in den Bundesbeschluss auch ein Umsetzungserlass integriert (Art. 141a BV, vgl. die Rz. 219, 227 und 228), so wird der Titel nach dem folgenden Beispiel gebildet:

**Bundesbeschluss  
über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des  
Europarates über die Cyberkriminalität**

→ [AS 2011 6293](#)

Im Interesse der Transparenz kann in Klammern auf den Umsetzungserlass hingewiesen werden, sofern dies nicht zu einem allzu komplexen Titel führt. Dabei wird eine Umstellung (französische Erlasstexte folgen hier einer anderen Regel) wie im folgenden Beispiel nötig:

**Bundesbeschluss  
über die Genehmigung des Übereinkommens des Europarates zum  
Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem  
Missbrauch (Lanzarote-Konvention) und über seine Umsetzung  
(Änderung des Strafgesetzbuchs)**

- 198 Damit der Titel des Bundesbeschlusses übersichtlich bleibt – namentlich im Hinblick auf eine mögliche Volksabstimmung –, wird der zu genehmigende völkerrechtliche Vertrag so knapp wie möglich zitiert, jedoch so, dass er eindeutig identifizierbar bleibt. Die genaue, wörtliche Zitierung des Vertragstitels folgt anschliessend in Artikel 1 Absatz 1 des Bundesbeschlusses. Die Regel «so knapp wie möglich und so ausführlich wie nötig» bedeutet:
- Die Bezeichnung des Vertragstyps muss so übernommen werden, wie sie im jeweiligen Fall heisst, also «Vertrag», «Übereinkommen», «Abkommen», «Protokoll», «Konvention», «Änderung des Übereinkommens» usw.
  - Der Titel des Vertrags wird grundsätzlich ohne Datum angeführt (vgl. aber Rz. 200).
  - Es wird der offizielle Kurztitel verwendet, wenn es einen solchen gibt. So wird zum Beispiel das «Übereinkommen vom 4. April 1997 zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin» ([AS 2008 5137](#)) im Titel des Bundesbeschlusses mit seinem offiziellen Kurztitel «Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin» zitiert ([AS 2008 5125](#)).
  - Ist die Gründung einer internationalen Organisation der zentrale Aspekt des zu genehmigenden Staatsvertrags, so kann der Titel des Bundesbeschlusses lauten: «Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zu ...» (z.B. [AS 2003 1058](#), [2006 1361](#)).
- 199 Für Verträge, die im Titel die Schweiz und andere Staaten nennen, folgt der Titel des Bundesbeschlusses zusätzlich folgenden Regeln:
- Die Namen der Vertragsstaaten sind möglichst in der Kurzform (z.B. «Schweiz» und nicht «Schweizerische Eidgenossenschaft», «Deutschland» und nicht «Bundesrepublik Deutschland»)\* anzuführen.
  - In der Regel werden die Vertragsstaaten und nicht deren Regierungen genannt (also z.B. «Frankreich» und nicht «Regierung der Französischen Republik»).
  - Man nennt in der Regel zuerst die Vertragsparteien (z.B. «zwischen der Schweiz und Slowenien») und dann den Vertragsgegenstand (z.B. «über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität»).
  - Bei der Formulierung von Vertragstiteln gilt das sogenannte «Alternat»: In der «schweizerischen Fassung» des Vertrags steht die Schweiz an erster Stelle, der oder die

anderen Vertragspartner an zweiter Stelle (in der «ausländischen Fassung» umgekehrt). Entsprechend steht die Schweiz auch im Titel des Bundesbeschlusses an erster Stelle.

- Im Falle eines Änderungsabkommens werden die Vertragsparteien in der Regel nur einmal, und zwar beim Titel des Grundabkommens, genannt. Ausnahmen können zum Beispiel bei der Staatennachfolge nötig sein.

\* Massgebend sind die Staatenbezeichnungen gemäss TERMDAT, der Terminologiedatenbank der Bundesverwaltung: [termdat.ch](http://termdat.ch).

200 Die Regel «so knapp wie möglich und so ausführlich wie nötig» gilt insbesondere für den Fall, dass ein *Zusatz* zu einem bestehenden völkerrechtlichen Vertrag beschlossen wird («Bundesbeschluss über die Genehmigung des Zusatzprotokolls über ... zum Abkommen zwischen ... und ... über ...»).

In diesem Fall kann es – abweichend von Randziffer 198 zweiter Strich – sinnvoll sein, sowohl den Grundvertrag als auch den Zusatzvertrag mit dem *Datum* zu kennzeichnen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass die Daten und die mit «über» eingeführten Vertragsgegenstände eindeutig dem bestehenden Vertrag und dem Zusatzvertrag zugeordnet werden können.

Beispiel:

**Bundesbeschluss**  
**über die Genehmigung des Zusatzprotokolls vom 24. Januar 2002 über die Transplantation menschlicher Organe und Gewebe zum Übereinkommen vom 4. April 1997 über Menschenrechte und Biomedizin**

vom 12. Juni 2009

→ [\\*AS 2010 863](#)

## 1.1.2 Titel eines Bundesbeschlusses über die Übernahme und Umsetzung von Rechtsakten im Bereich Schengen/Dublin

Die Bundesbeschlüsse sind nach den GTR (Rz. 187-232) zu gestalten.

### 1.1.2.1 Genehmigung eines Notenaustauschs

385 Für die Titel der Bundesbeschlüsse gelten folgende Formulieringsregeln:

Der betreffende EU-Rechtsakt wird grundsätzlich mit seiner Nummer (z.B. «Richtlinie 2010/230/EU») aufgeführt. Bei Rechtsakten, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 erlassen worden sind, ist die alte Terminologie beizubehalten, z.B. «Richtlinie 2008/115/EG». Der Titel des Rechtsakts wird nicht vollständig zitiert, sondern möglichst kurz zusammengefasst. In Artikel 1 Absatz 1 des Bundesbeschlusses wird der Titel des Notenaustauschs dann exakt wiedergegeben (vgl. Rz. 213).

Beispiel:

**Bundesbeschluss**

**über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI über die Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden  
(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

vom 12. Juni 2009

→ [\\*AS 2009 6915](#)

Existiert für den EU-Rechtsakt ein offizieller, d. h. im Amtsblatt der EU (ABl.) aufgeführter Kurztitel, so kann dieser verwendet werden; auf die Angabe der Nummer des Rechtsakts kann in diesem Fall verzichtet werden.

Beispiel:

**Bundesbeschluss**

**über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Zweiten Schengener Grenzkodex  
(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

vom 13. Juni 2009

Besteht für den EU-Rechtsakt zwar kein offizieller, aber doch ein allgemein verbreiteter Kurztitel, so kann auch dieser verwendet werden, wenn zusätzlich in Klammern ein Kurzform-Verweis angefügt wird (vgl. das folgende Beispiel) und wenn sich in den beiden anderen Amtssprachen ein geeigneter Kurztitel finden lässt (vgl. zudem GTR Rz. 135).

Beispiel:

**Bundesbeschluss**

**über die Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der EU-Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG) und über dessen Umsetzung (Änderung des Ausländer- und des Asylgesetzes)  
(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

vom 18. Juni 2010

→ [\\*AS 2010 5925](#)

Anders als im Titel des Notenaustauschs (s. o. Rz. 380–384), in dem die Vertragsparteien ausgeschrieben werden, wird im Titel des Bundesbeschlusses jeweils die Abkürzung «EU» bzw. «EG» verwendet.

Der Begriff der Umsetzung ist nur aufzunehmen, falls im Bundesbeschluss auch ein oder mehrere Bundesgesetze erlassen oder geändert werden. In diesem Fall muss es «über die

Genehmigung des ... und über seine Umsetzung (Änderung des ...gesetzes)» heissen (vgl. GTR Rz. 197).

### 1.1.2.2 Genehmigung mehrerer Notenaustausche

386 Werden mit einem einzigen Bundesbeschluss mehrere Notenaustausche genehmigt, so ist es nicht zweckmässig, im Bundesbeschlusstitel sämtliche Notenaustausche nach den Mustern unter Rz. 385 aufzulisten. In diesem Fall ist eine kreative Lösung gefragt; diese ist zusammen mit dem BJ und der BK zu formulieren, damit gewährleistet ist, dass der Titel dennoch inhaltlich zutreffend und aussagekräftig ist.

Der Titel des Bundesbeschlusses könnte etwa nach folgendem Muster formuliert werden:

**Bundesbeschluss**  
**über die Genehmigung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU**  
**betreffend die Übernahme der Rechtsgrundlagen zur Anpassung des Schengener**  
**Informationssystems**  
**(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

vom 13. Juni 2008

→ [\\*AS 2008 5111](#)

## 1.2 2. Abschnitt Ingress

201 Zur Gestaltung des Ingresses von Bundesbeschlüssen vergleiche auch die Randziffern 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28 und 29.

205 Der Ingress von *Bundesbeschlüssen über die Genehmigung völkerrechtlicher Verträge* nennt die Artikel 54 Absatz 1 BV (materielle Zuständigkeit des Bundes) und 166 Absatz 2 BV (formelle Zuständigkeit, sog. Organzuständigkeit, der Bundesversammlung).

Formel:

...

gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung (BV)<sup>1</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...<sup>2</sup>,

...

<sup>1</sup> SR 101  
<sup>2</sup> BBl ...

206 Der Ingress von *Bundesbeschlüssen über die Genehmigung und die Umsetzung völkerrechtlicher Verträge (Art. 141a BV)* nennt nur die für die Genehmigung des Staatsvertrags notwendigen Verfassungsgrundlagen (vgl. Rz. 205). Die in den Bundesbeschluss aufgenommenen neuen Gesetze nennen nach den allgemeinen Regeln (vgl. die Rz. 22–29, 161–162 und 350) ihre Rechtsgrundlage im eigenen Ingress. Änderungserlasse nennen in ihrem Ingress ohnehin keine Rechtsgrundlage, seien es Verfassungs- (Rz. 202) oder Gesetzesänderungen (Rz. 286).



22 Der Ingress besteht:

- aus dem kursiv hervorgehobenen Rahmensatz, der die erlassende Behörde und ihre rechtliche Handlung bezeichnet (z.B. «Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ... beschliesst:», «Der Schweizerische Bundesrat ... verordnet:»);
- aus der Angabe der Rechtsgrundlage für den Erlass («gestützt auf ...»);
- gegebenenfalls aus der Angabe völkerrechtlicher Verträge oder von Beschlüssen internationaler Organisationen oder in seltenen Fällen landesrechtlicher Erlasse (vgl. Rz. 237), die mit dem vorliegenden Erlass ausgeführt werden sollen («in Ausführung von ...»; «in Ausführung des Bundesgesetzes vom ...»);
- bei Erlassen der Bundesversammlung aus der Angabe bestimmter wichtiger Materialien: Botschaft des Bundesrates oder – bei parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen – Bericht einer Kommission sowie Stellungnahme des Bundesrates («nach Einsicht in ...»).

Der Ingress soll weder für politische Proklamationen noch für Begründungen oder Erklärungen noch zur Auslegung der materiellen Bestimmungen oder zur Umschreibung des Zwecks verwendet werden.

Zu den Besonderheiten beim Ingress von Änderungserlassen vergleiche die Randziffern 286, 287 und 288.

23 Als Rechtsgrundlage werden die Bestimmungen des übergeordneten Erlasses angegeben, die zur Rechtsetzung ermächtigen (kompetenzbegründende Bestimmungen). Zur Rechtsgrundlage gehören nicht die materiellen Bestimmungen des Erlasses oberer Stufe, die konkretisiert werden sollen.

Diesen Grundsätzen entsprechend sind die folgenden Bestimmungen der Bundesverfassung (BV; SR 101) im Ingress von Bundeserlassen nicht zu nennen: [Artikel 7–34 BV](#) (Grundrechtsbestimmungen), [Artikel 41 BV](#) (Sozialziele) sowie [Artikel 164 BV](#) (Gegenstände, die auf Gesetzesstufe geregelt werden müssen).

24 [Artikel 122 BV](#) (Zivilrechtskompetenz) und [Artikel 123 BV](#) (Strafrechtskompetenz) werden nur genannt, wenn sie für den Erlass von besonderer Bedeutung sind, also nicht, wenn bloss nebenstrafrechtliche oder einzelne zivilrechtliche Bestimmungen enthalten sind.

25 Für Bundeszuständigkeiten, die sich aus der Existenz und der Natur der Eidgenossenschaft ergeben und für die eine explizite Zuweisung einer Kompetenz an den Bund fehlt (inhärente Bundeszuständigkeiten), wird in der Regel Artikel 173 Absatz 2 BV als Kompetenzgrundlage genannt. Dies gilt insbesondere für die Schaffung von Bundesbehörden, für die Regelung der Aufgaben und Zuständigkeiten dieser Behörden sowie für Verfahren. [Artikel 173 Absatz 2 BV](#) betrifft die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen an sich nicht, sondern bloss jene zwischen den Organen innerhalb des Bundes (Organzuständigkeiten). Er wird im vorliegenden Zusammenhang dennoch genannt.

26 Die einzelnen Bestimmungen werden gemäss ihrer numerischen Reihenfolge genannt. Werden ausnahmsweise mehrere Erlasse als Rechtsgrundlage angerufen, so werden sie in der Regel in der Reihenfolge der SR genannt.

27 Die betreffenden Bestimmungen werden möglichst präzise zitiert. Zum Beispiel ist nur der betreffende Absatz eines Artikels anzugeben, wenn nicht der ganze Artikel relevant ist.

28 Enthält der übergeordnete Erlass keine spezifische kompetenzbegründende Norm, so ruft man ihn insgesamt an (am Beispiel einer Bundesratsverordnung): «gestützt auf das Bundesgesetz

vom ...». Diese Lösung kann man auch wählen, wenn sehr viele kompetenzbegründende Normen zu nennen wären. Stützt sich ein Erlass der Bundesversammlung hingegen auf zahlreiche kompetenzbegründende Bestimmungen in der Bundesverfassung, so genügt es, die wichtigsten anzuführen; in der Botschaft ist die Rechtsgrundlage allerdings umfassend zu erläutern (vgl. [Botschaftsleitfaden](#)).

29 Beispiele zu den Randziffern 22–28:

<p><b>Bundesgesetz</b> <b>über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände</b> <b>(Lebensmittelgesetz, LMG)</b></p> <p>vom ...</p> <hr/> <p><i>Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,</i> gestützt auf die Artikel 97 Absatz 1, 105 und 118 Absatz 2 Buchstabe a der Bundesverfassung<sup>1</sup>, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 25. Mai 2011<sup>2</sup>, <i>beschliesst:</i></p> <p><sup>1</sup> SR 101 <sup>2</sup> BBI 2011 5571</p>	<p><i>Entwurf</i></p>
---	-----------------------

→ [BBI 2011 5661](#)

<p><b>Bundesgesetz</b> <b>über die Kommission zur Verhütung von Folter</b></p> <p>vom 20. März 2009</p> <hr/> <p><i>Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,</i> gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung<sup>1</sup>, in Ausführung des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002<sup>2</sup> zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 8. Dezember 2006<sup>3</sup>, <i>beschliesst:</i></p> <p><sup>1</sup> SR 101 <sup>2</sup> SR 0.105.1; AS 2009 5449 <sup>3</sup> BBI 2007 265</p>	
---	--

→ [AS 2009 5445](#)

**Verordnung  
über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische  
Personen  
(RDV)**

vom 14. November 2012

---

*Der Schweizerische Bundesrat,*

gestützt auf die Artikel 59 Absatz 6 und 111 Absatz 6 des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2005<sup>1</sup> (AuG) und auf Artikel 119 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>2</sup>, in Ausführung von Artikel 28 des Abkommens vom 28. Juli 1951<sup>3</sup> über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und von Artikel 28 des Übereinkommens vom 28. September 1954<sup>4</sup> über die Rechtsstellung der Staatenlosen,  
*verordnet:*

<sup>1</sup> SR 142.20

<sup>2</sup> SR 142.31

<sup>3</sup> SR 0.142.30

<sup>4</sup> SR 0.142.40

→ [\\*AS 2012 6049](#)

**Verordnung  
über die Landessprachen und die Verständigung zwischen  
den Sprachgemeinschaften  
(Sprachenverordnung, SpV)**

vom 4. Juni 2010

---

*Der Schweizerische Bundesrat,*

gestützt auf das Sprachengesetz vom 5. Oktober 2007<sup>1</sup> (SpG),  
*verordnet:*

<sup>1</sup> SR 441.1

→ [AS 2010 2653](#)

### 1.3 3. Abschnitt Gliederung und Gestaltung der Artikel

### 1.3.1 Allgemeine Bestimmungen

- 77 Die Grundeinheit eines Erlasses ist der Artikel. Ein Artikel kann weiter unterteilt werden in Absätze, Buchstaben, Ziffern und Striche (vgl. die Rz. 70 und 83).
- 78 Die Artikel werden durchgehend durch den ganzen Erlass mit *arabischen Ziffern* nummeriert. Besteht ein Erlass nur aus einem Artikel, so wird dieser als «Einziges Artikel» bezeichnet.
- 210 Bundesbeschlüsse werden in Artikel und bei Bedarf weiter in Absätze, Buchstaben usw. gegliedert (vgl. die Rz. 70, 77–92).

### 1.3.2 Titel

- 79 Neben die Artikelnummer wird eine Sachüberschrift gesetzt. Enthält ein Erlass weniger als fünf Artikel, so kann auf Sachüberschriften verzichtet werden.
- 80 Besteht eine Gliederungseinheit (z.B. ein Abschnitt) aus einem einzigen Artikel, so entfällt die Sachüberschrift.

Beispiel:

<b>1. Abschnitt: Begriffe</b>	
<b>Art. 1</b>	
In dieser Verordnung bedeuten:	
a.	<i>bewirtschaftete Daten</i> : Personendaten, die bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes aufgezeichnet und regelmässig genutzt, ausgewertet oder bewusst gelöscht werden;
...	
<b>2. Abschnitt: Zugriffsberechtigung, Aufbewahrung und Vernichtung</b>	
<b>Art. 2</b>	Zugriffsberechtigung
...	
<b>Art. 3</b>	Sichere Aufbewahrung
...	

→ [AS 2012 947](#)

### 1.3.3 Absätze

- 82 Die Artikel werden in *Absätze* gegliedert. Diese sind mit hochgestellten arabischen Ziffern nummeriert.

### 1.3.4 Aufzählungen (Buchstaben, Ziffern, Striche)

83 Muss ein Absatz *weiter untergliedert* werden, so wird mit listenförmigen Aufzählungen gearbeitet. Diese werden von einem Einleitungssatz angekündigt und wie folgt nummeriert (vgl. Rz. 70):

- auf der ersten Ebene: Buchstaben (a., b., c., ... i., j., k., ...);
- auf der zweiten Ebene: arabische Ziffern (1., 2., 3. ...);
- auf der dritten Ebene: Striche.

84 Für die *Interpunktion bei Aufzählungen* gelten folgende Regeln:

Der *Einleitungssatz* wird mit einem Doppelpunkt abgeschlossen.

Die *Glieder von Aufzählungen* werden wie folgt voneinander abgegrenzt, sofern sie *nicht selbstständige Sätze* sind:

- Buchstaben durch Strichpunkt;
- Ziffern durch Komma;
- Striche ohne Interpunktion.

Bei den Rz. 84 und 85 folgen französische und italienische Erlasstexte teilweise anderen Regeln.

85 *Selbstständige Sätze* beginnen mit einem Grossbuchstaben und werden mit einem Punkt abgeschlossen.

86 Das logische Verhältnis zwischen den Gliedern einer Aufzählung kann kumulativ («und») oder alternativ («oder») sein; Mischungen sind nicht zulässig. Wenn möglich, sollte das Verhältnis aus der Formulierung des Einleitungssatzes oder der Aufzählungsglieder hervorgehen. Beispielsweise zeigt eine Formulierung wie «... wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind» an, dass die folgende Aufzählung kumulativ zu verstehen ist, und eine Formulierung wie «... in den folgenden Fällen», dass die Aufzählung alternativ ist. Ist das Verhältnis nicht eindeutig, so kann in vielen Fällen Klarheit geschaffen werden, indem nach dem vorletzten Glied «und» oder «oder» eingefügt wird. Dabei ist es nicht zwingend, dass die drei amtssprachlichen Fassungen dem gleichen Muster folgen.

87 Beispiel für die Randziffern 83–86:

<sup>2</sup> Der Versicherte hat Anspruch auf:

- a. höchstens 400 Taggelder, wenn er eine Beitragszeit von insgesamt zwölf Monaten nachweisen kann;
- b. höchstens 520 Taggelder, wenn er das 55. Altersjahr zurückgelegt hat und eine Beitragszeit von mindestens 18 Monaten nachweisen kann;
- c. höchstens 520 Taggelder, wenn er:
  1. eine Invalidenrente der Invalidenversicherung oder der obligatorischen Unfallversicherung bezieht oder eine solche Rente beantragt hat und der Antrag nicht aussichtslos erscheint, und
  2. eine Beitragszeit von mindestens 18 Monaten nachweisen kann.

→ [AS 2003 1728](#), Art. 27

88 Aufzählungsglieder, die nicht selbstständige Sätze sind, sollten nicht mit selbstständigen Sätzen erweitert werden, weil diese die Aufzählung unterbrechen würden. Wo dies ausnahmsweise unvermeidlich ist, fügt man den selbstständigen Satz nach einem Strichpunkt

an und beendet ihn mit dem der Gliederungsebene entsprechenden Satzzeichen (Strichpunkt oder Komma).

Beispiel:

<sup>3</sup> Die anderen Parteien können innert 20 Tagen seit Empfang der Berufungserklärung schriftlich:

- a. Nichteintreten beantragen; der Antrag muss begründet sein;
- ...

→ [AS 2010 1881](#), Art. 400

Wo die Aufzählungsglieder aus mehreren selbstständigen Sätzen bestehen, werden diese mit Strichpunkten voneinander getrennt.

Beispiel:

<sup>3</sup> Er beachtet dabei folgende Grundsätze:

- ...
- c. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber versichern ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei einer Vorsorgeeinrichtung; soweit erforderlich, ermöglicht ihnen der Bund, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer eidgenössischen Vorsorgeeinrichtung zu versichern.
- ...

→ [AS 1999 2556](#), Art. 113

89 In Tabellen stehen in der Regel keine Interpunktionszeichen.

90 Nach der Aufzählung darf der Absatz nicht weitergehen. Weder darf der Einleitungssatz fortgeführt noch dürfen zusätzliche Bestimmungen direkt angeschlossen werden. Solche sind in weiteren Absätzen unterzubringen.

91 *Strafbestimmungen*, die mehrere Tatbestände unter dieselbe Rechtsfolge stellen, werden sowohl im Nebenstrafrecht als auch (seit einigen Jahren) im StGB zur besseren Zitierbarkeit mit Kleinbuchstaben (nötigenfalls weiter mit Ziffern) gegliedert, statt wie früher zum Teil durch Ziffern oder unnummerierte Absätze. In solchen Fällen geht die Regelung über die Sanktion (Freiheitsstrafe, Geldstrafe, Busse) derjenigen über die Tatbestände meistens voraus.

Beispiel:

**Art. 86a** Widerhandlungen gegen Bau- und Betriebsvorschriften  
Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a. ein Bauvorhaben ohne die nach Artikel 18 erforderliche Plangenehmigung oder in Missachtung von aus dem Plangenehmigungsverfahren resultierenden Bedingungen, Auflagen oder Vorschriften ausführt oder ausführen lässt;
- b. eine Anlage ohne die nach Artikel 18w erforderliche Betriebsbewilligung oder unter Missachtung von Bedingungen, Auflagen oder Vorschriften der Betriebsbewilligung in Betrieb nimmt oder in Betrieb nehmen lässt;
- ...

→ [AS 2009 5597](#)

### 1.3.5 Sätze

- 92 Aus Gründen der Zitierbarkeit ist es zwingend nötig, dass die Anzahl Sätze in den Amtssprachen übereinstimmt. Als Satz gilt, was mit einem Punkt (und nicht z.B. mit einem Strichpunkt oder Doppelpunkt) aufhört.

Es kann vorkommen, dass in einer Amtssprache aus syntaktischen oder stilistischen Gründen in mehreren Sätzen gesagt werden sollte, was in einer anderen Amtssprache in einem Satz gesagt wird. Dies ist zulässig, wenn die «Sätze» nicht mit Punkten, sondern beispielsweise mit Strichpunkt oder Komma abgetrennt werden.

Beispiel (beachte den Strichpunkt in der deutschen Fassung):

**Art. 3**            Kantone

Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind.

**Art. 3**            Cantons

Les cantons sont souverains en tant que leur souveraineté n'est pas limitée par la Constitution fédérale et exercent tous les droits qui ne sont pas délégués à la Confédération.

**Art. 3**            Federalismo

I Cantoni sono sovrani per quanto la loro sovranità non sia limitata dalla Costituzione federale ed esercitano tutti i diritti non delegati alla Confederazione.

→ [AS 1999 2556](#)

## 1.4 4. Abschnitt Inhalt und typische Formulierungen

### 1.4.1 Allgemeine Bestimmungen

- 212 In Genehmigungsbeschlüssen zu völkerrechtlichen Verträgen sind die Genehmigung, die Schlussbestimmungen und die allfälligen Verfassungsänderungen oder Bundesgesetze ([Art. 141a BV](#); vgl. Rz. 219) Gegenstand separater Artikel.

### 1.4.2 Genehmigung eines völkerrechtlichen Vertrags

- 213 In Artikel 1 Absatz 1 des Bundesbeschlusses wird die Genehmigung ausgesprochen, und zwar mit der Formel «wird genehmigt». Dabei muss der Titel des zu genehmigenden Vertrags – anders als im Titel des Bundesbeschlusses (vgl. Rz. 195–200) – vollständig zitiert werden.

Beispiel:

**Bundesbeschluss  
über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und  
Serbien über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der  
Kriminalität**

vom 1. Oktober 2010

...

**Art. 1**

<sup>1</sup> Das Abkommen vom 30. Juni 2009<sup>3</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Serbien über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität wird genehmigt.

<sup>3</sup> SR 0.360.682.1; AS 2011 811

→ [AS 2011 809](#)

- 214 Im Falle eines Zusatzes (z.B. Revision, Zusatzprotokoll) zu einem bestehenden Vertrag werden die Daten und die Fundstellen sowohl des Grundvertrags wie der Änderung angegeben:

Beispiel:

**Art. 1**

<sup>1</sup> Das Zusatzprotokoll vom 24. Januar 2002<sup>3</sup> über die Transplantation menschlicher Organe und Gewebe zum Übereinkommen vom 4. April 1997<sup>4</sup> über Menschenrechte und Biomedizin wird genehmigt.

<sup>3</sup> SR 0.810.22; AS 2010 867

<sup>4</sup> SR 0.810.2

→ [AS 2010 863](#)

- 215 Ein völkerrechtlicher Vertrag kann nicht nur in Form einer von beiden Parteien unterzeichneten Urkunde, sondern auch in Form eines *Notenaustauschs* oder eines *Briefwechsels* geschlossen werden. Da Notenaustausche und Briefwechsel gewöhnlich nicht am gleichen Tag unterzeichnet werden, trägt ein solcher Vertrag in der Regel ein doppeltes Datum, zum Beispiel:

«Notenaustausch vom 8. / 11. August 2008»

«Briefwechsel vom 10. Juli / 11. August 2008»

«Briefwechsel vom 10. Juli 2007 / 11. August 2008».



### 1.4.2.1 Bestimmungen über die Genehmigung von Notenaustauschen Schengen/Dublin

#### 1.4.2.1.1 Titel eines Bundesbeschlusses über die Genehmigung eines Notenaustauschs im Bereich Schengen/Dublin

##### 1.4.2.1.1.1 Offizieller Titel des notifizierten EU-Rechtsakts

- 380 Die Notenaustausche zur Übernahme von Weiterentwicklungen des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands sind nach den Vorlagen des vom BJ herausgegebenen [Leitfadens](#) zu gestalten.

Für die Formulierung der *Titel* der Notenaustausche, die in der AS publiziert werden müssen, sind die folgenden Grundsätze zu beachten.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ist die Unterscheidung zwischen der Europäischen *Gemeinschaft* und der *Europäischen Union* hinfällig geworden; es wird neu nur noch von der *Europäischen Union* gesprochen. Die Unterscheidung gilt jedoch nach wie vor für Rechtsakte bzw. Notenaustausche, die vor dem 1. Dezember 2009 verabschiedet bzw. abgeschlossen worden sind.

Die betreffende Weiterentwicklung des Schengen- bzw. Dublin/Eurodac-Besitzstands wird im Titel des Notenaustauschs grundsätzlich mit dem vollständigen offiziellen Titel zitiert. Auf die Angabe des Urhebers und des Verabschiedungsdatums wird jedoch verzichtet.

Beispiel:

##### *Offizieller Titel des notifizierten EU-Rechtsakts*

Beschluss 2010/555/EU des Rates vom 4. November 2010 zur Änderung von Anlage 3 Teil I der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion betreffend Drittstaatsangehörige, die ein Visum für den Flughafentransit benötigen

##### *Titel des Notenaustauschs:*

**Notenaustausch vom 25. August 2010  
zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme des  
Beschlusses 2010/555/EU zur Änderung von Anlage 3 Teil I der Gemeinsamen  
Konsularischen Instruktion betreffend Drittstaatsangehörige, die ein Visum für den  
Flughafentransit benötigen  
(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

- 383 Ändert der zu übernehmende EU-Rechtsakt einen bereits übernommenen EU-Rechtsakt, so muss das aus dem Titel des Notenaustauschs hervorgehen. Dabei ist die Nummer des geänderten Rechtsakts grundsätzlich zu nennen.

Beispiel:

##### *Offizieller Titel des notifizierten EU-Rechtsakts:*

Verordnung (EU) Nr. 493/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur

Änderung der Verordnung (EG) Nr. 377/2004 des Rates zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen

→ ABI. L 141 vom 27.5.2011, S. 13

*Titel des Notenaustauschs:*

**Notenaustausch vom 16. Mai 2011**

**zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 493/2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 377/2004 zur Schaffung eines Netzes von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

→ [AS 2011 2341](#)

- 384 Die Nummer des geänderten Rechtsakts kann aber weggelassen werden, wenn für den geänderten Rechtsakt ein Kurztitel besteht.

Beispiel:

*Offizieller Titel des notifizierten EU-Rechtsakts:*

Verordnung (EU) Nr. 955/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) im Hinblick auf die der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse

*Titel des Notenaustauschs:*

**Notenaustausch vom 29. Mai 2011**

**zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 955/2011 zur Änderung des Schengener Grenzkodex (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

1.4.2.1.1.2 Kurzform

- 381 Ist der vollständige Titel einer Weiterentwicklung so lang und kompliziert, dass die Lesbarkeit und Zitierbarkeit des Notenaustauschs (in anderen Erlassen des Landesrechts) erschwert wird, so wird für den zitierten EU-Rechtsakt in Absprache mit dem BJ und der BK ein verkürzter Titel eingeführt. Der Titel muss jedoch so aussagekräftig bleiben, dass der betreffende Notenaustausch nicht mit anderen Notenaustauschen verwechselt werden kann. Deshalb sollten die Bezeichnung des Rechtsakts, seine Nummer sowie der wesentliche Inhalt in jedem Fall genannt werden.

Beispiel:

*Offizieller Titel des notifizierten EU-Rechtsakts:*

Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der

Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten

→ ABI. L 218 vom 13.8.2008, S. 129

*Titel des Notenaustauschs:*

**Notenaustausch vom 24. Oktober 2008**  
zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme des Beschlusses 2008/633/JI über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS)  
(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

→ [AS 2010 2075](#)

#### 1.4.2.1.1.3 Offizieller Kurztitel

- 382 Hat der EU-Rechtsakt einen offiziellen, d. h. im Titel des Rechtsakts explizit genannten Kurztitel, so kann dieser nach Randziffer 134 verwendet werden. Dabei wird der Rechtsakt mit seiner Nummer am Ende in Klammern angegeben.

Beispiel:

*Offizieller Titel des notifizierten EU-Rechtsakts:*

Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung)

→ ABI. L 218 vom 13.8.2008, S. 60

*Titel des Notenaustauschs:*

**Notenaustausch vom 21. August 2008**  
zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der VIS-Verordnung (Verordnung [EG] Nr. 767/2008)  
(Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

→ [AS 2010 2073](#)

#### 1.4.2.1.2 Genehmigung eines Notenaustauschs

- 387 Die Bestimmung über die Genehmigung eines *einzig* Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme von Rechtsakten zur Weiterentwicklung des Schengen- bzw. des Dublin/Eurodac-Besitzstands muss den korrekten Titel des Notenaustauschs wortwörtlich wiedergeben (vgl. Rz. 213). Es ist nach folgendem Muster zu formulieren:

**Art. 1**

<sup>1</sup> Der Notenaustausch vom 1. April 2009<sup>1</sup> zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme des Zweiten Schengener Grenzkodex (Verordnung (EU) Nr. 562/2009) wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Europäische Union nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens vom 26. Oktober 2004<sup>2</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands über die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Bezug auf den Notenaustausch nach Absatz 1 zu unterrichten.

<sup>1</sup> SR ...; AS 2009 ...

<sup>2</sup> SR 0.362.31

1.4.2.1.3 Genehmigung mehrerer Notenaustausche

388 Die Bestimmung über die Genehmigung *mehrerer* Notenaustausche ist gemäss dem folgenden Beispiel zu formulieren:

Beispiel:

**Art. 1**

<sup>1</sup> Die folgenden Notenaustausche werden genehmigt:

- a. Notenaustausch vom 21. August 2008<sup>3</sup> zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der VIS-Verordnung (Verordnung [EG] Nr. 767/2008);
- b. Notenaustausch vom 24. Oktober 2008<sup>4</sup> zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme des Beschlusses 2008/633/JI über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Europäische Union nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens vom 26. Oktober 2004<sup>5</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands über die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Bezug auf die Notenaustausche nach Absatz 1 zu unterrichten.

<sup>3</sup> SR 0.362.380.030; AS 2010 2073

<sup>4</sup> SR 0.362.380.031; AS 2010 2075

<sup>5</sup> SR 0.362.31

→ [AS 2010 2063](#)

1.4.2.1.4 Angabe der Fundstelle

389 In Artikel 1 Absatz 1 des Bundesbeschlusses wird in der Fussnote lediglich die Fundstelle des Notenaustauschs in der AS/SR angegeben. Die Fundstelle des übernommenen EU-Rechtsakts im ABl. wird hingegen nicht angegeben. Diese erscheint nur bei der Publikation des Notenaustauschs in einer Fussnote (vgl. z.B. [AS 2009 4589](#)).

### 1.4.3 Genehmigung völkerrechtlicher Verträge mit gleichzeitiger Umsetzung

219\* Bundesbeschlüsse, mit denen zugleich ein völkerrechtlicher Vertrag genehmigt wie auch dessen Umsetzung auf Verfassungs- oder Gesetzesstufe beschlossen wird (Art. 141a BV), enthalten die Verfassungs- oder Gesetzesbestimmungen in einem Anhang und verweisen auf diesen in einem separaten Artikel. Das Datum der Verabschiedung der Umsetzungserlasse wird im Verweis nicht genannt, weil es das Datum des Bundesbeschlusses ist.

Die Gestaltung der Bundesbeschlüsse und die zu verwendenden Formeln richten sich nach [Anhang 2a](#).

\* Randziffer geändert durch den Beschluss der Begleitgruppe GTR vom 27. März 2017.

### 1.4.4 Rückzug von Vorbehalten

216 Die Genehmigung als innerstaatlicher Akt (vgl. die Rz. 195 und 212) ist nur einer von mehreren Schritten, die dazu führen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag für die Schweiz verbindlich wird. Nach Artikel 11 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge ([SR 0.111](#)) kann auf der zwischenstaatlichen Ebene «die Zustimmung eines Staates, durch einen Vertrag gebunden zu sein, (...) durch Unterzeichnung, Austausch von Urkunden, die einen Vertrag bilden, Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt oder auf eine andere vereinbarte Art ausgedrückt werden» (vgl. [Gesetzgebungsleitfaden](#), Rz. 536–538, und Praxisleitfaden völkerrechtliche Verträge, Ziff. IX).

Der Begriff Ratifikation wird nur für Verträge verwendet, welche die Schweiz – unter dem Vorbehalt der Ratifikation – unterzeichnet hat; die Ratifikation ist die Voraussetzung dafür, dass der unterzeichnete Vertrag in Kraft treten kann. Von Beitritt wird im Falle von Verträgen gesprochen, welche die Schweiz nicht unterzeichnet hat und durch die sie gebunden sein will, ohne zuerst eine formelle Unterzeichnung vorzunehmen. Das im Einzelfall zu wählende Instrument bestimmt sich aufgrund des Vertrags.

Beispiel für eine Ratifikation:

**Art. 1**

<sup>1</sup> Das Internationale Übereinkommen vom 13. April 2005<sup>1</sup> zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Übereinkommen zu ratifizieren.

<sup>1</sup> SR 0.353.23; AS 2009 493

→ [AS 2009 491](#)

Beispiel für einen Beitritt:

**Art. 1**

<sup>1</sup> Das Internationale Übereinkommen vom 19. Oktober 2005<sup>1</sup> gegen Doping im Sport wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, den Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen zu erklären.

<sup>1</sup> SR 0.812.122.2; AS 2009 521

→ [AS 2009 519](#)

## 1.4.5 Vorbehalte und Erklärungen

217\* Bei multilateralen völkerrechtlichen Verträgen dienen *Vorbehalte* dazu, die Rechtswirkung einzelner Vertragsbestimmungen in der Anwendung auf die Schweiz auszuschliessen oder zu ändern (vgl. Art. 2 Abs. 1 Bst. d des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge, [SR 0.111](#)); *Erklärungen* dienen in der Regel dazu darzustellen, wie die Schweiz Vertragsbestimmungen interpretiert, oder dazu, den Vertragsparteien mitzuteilen, wie die Schweiz Bestimmungen des Vertrags umsetzt, z. B. welche Behörden sie für zuständig erklärt.

Im Bundesbeschluss werden die Vorbehalte und Erklärungen festgelegt, die der Bundesrat anbringen bzw. abgeben soll. Wie die Vorbehalte und Erklärungen formuliert werden, richtet sich nach dem jeweiligen Vertrag. Sieht der Vertrag ausdrücklich die Möglichkeit vor, Vorbehalte anzubringen oder Erklärungen abzugeben, so wird zudem im Bundesbeschluss auf die entsprechenden Vertragsbestimmungen verwiesen.

Beispiele:

### Art. 1

<sup>1</sup> Das Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011<sup>2</sup> zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Übereinkommen zu ratifizieren.

<sup>3</sup> Er bringt bei der Ratifikation, gestützt auf Artikel 78 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe e, Artikel 44 Absatz 3, Artikel 55 Absatz 1 und Artikel 59 des Übereinkommens, die folgenden Vorbehalte an:

a. *Vorbehalt zu Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe e:*

Die Schweiz behält sich das Recht vor, Artikel 44 Absatz 1 Buchstabe e nicht anzuwenden.

b. *Vorbehalt zu Artikel 44 Absatz 3:*

Die Schweiz behält sich das Recht vor, Artikel 44 Absatz 3 bezüglich sexueller Gewalt gegen Erwachsene (Art. 36 des Übereinkommens) sowie Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation (Art. 39 des Übereinkommens) nicht anzuwenden.

c. ...

<sup>2</sup> SR ...; BBI 2017 281

→ [\\*BBI 2017 279](#)

### Art. 1

<sup>1</sup> Das Übereinkommen des Europarates vom 23. November 2001<sup>3</sup> über die Cyberkriminalität wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Übereinkommen zu ratifizieren.

<sup>3</sup> Er gibt bei der Ratifikation, gestützt auf Artikel 40 des Übereinkommens, die folgenden Erklärungen ab und bringt, gestützt auf Artikel 42 des Übereinkommens, die folgenden Vorbehalte an:

a. *Erklärung zu Art. 2:*

Die Schweiz erklärt, dass sie Artikel 2 nur insoweit anwendet, als die Tat unter Verletzung von Sicherheitsmassnahmen begangen wird.

b. *Erklärung zu Art. 3:*

Die Schweiz erklärt, dass sie Artikel 3 nur insoweit anwendet, als die Tat in der Absicht unrechtmässiger Bereicherung begangen wird.

c. *Vorbehalt gemäss Art. 6 Abs. 3:*

Die Schweiz behält sich das Recht vor, Artikel 6 Absatz 1 nur insoweit anzuwenden, als die Tat im Verkaufen, Verbreiten oder anderweitigen Verfügbarmachen von Mitteln gemäss Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii besteht.

d. ...

<sup>3</sup> SR 0.311.43; AS 2011 6297

→ [\\*AS 2011 6293](#)

**Art. 1**

<sup>1</sup> Das Übereinkommen vom 30. Oktober 2007<sup>3</sup> über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, das Übereinkommen zu ratifizieren.

<sup>3</sup> Er bringt bei der Ratifikation die Vorbehalte nach den Artikeln I und III des Protokolls Nr. 1 zum Übereinkommen an und gibt die in den Artikeln 3 Absatz 2, 4, 39 Absatz 1, 43 Absatz 2 und 44 des Übereinkommens vorgesehenen Erklärungen ab.

<sup>3</sup> SR 0.275.12; AS 2010 5609

→ [\\*AS 2010 5601](#)

\* Randziffer geändert durch den Beschluss der Begleitgruppe GTR vom 27. März 2017.

## 1.4.6 Rückzug von Vorbehalten

218 Das Parlament kann den Bundesrat ausdrücklich ermächtigen, Vorbehalte später wieder zurückzuziehen, wenn sich zum Beispiel die Rechtslage in der Schweiz seit dem Vertragsabschluss geändert hat.

Beispiel:

**Art. 3**

<sup>1</sup> Sofern bei Inkrafttreten des Übereinkommens für die Schweiz die Strafbestimmung über die Verantwortlichkeit des Unternehmens noch nicht in Kraft stehen sollte, wird der Bundesrat ermächtigt, bei der Ratifikation folgenden Vorbehalt anzubringen:

«Die Schweiz behält sich das Recht vor, Artikel 2 sowie Artikel 3 Ziffern 1 und 2 bezüglich der Verantwortlichkeit juristischer Personen nicht anzuwenden».

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, diesen Vorbehalt zurückzuziehen, wenn er gegenstandslos geworden ist.

→ [\\*AS 2003 4241](#)

## 1.5 5. Abschnitt Referendums Klausel

### 1.5.1 Referendumsklausel

- 227 Wird in den Genehmigungsbeschluss zu einem völkerrechtlichen Vertrag, der dem obligatorischen Referendum untersteht, eine Verfassungsänderung aufgenommen, so lautet die Referendumsklausel wie folgt:

Dieser Beschluss wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet (Art. 140 Abs. 1 Bst. b und Art. 141a Abs. 1 BV).

- 228 Wird in den Genehmigungsbeschluss zu einem völkerrechtlichen Vertrag, der dem fakultativen Referendum untersteht, ein Gesetz aufgenommen, so lautet die Referendumsklausel wie folgt:

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum (Art. 141 Abs. 1 Bst. d Ziff. [1, 2 oder 3] und Art. 141a Abs. 2 BV).

- 229 Die Verfassungsänderungen und die Gesetze haben selber keine Referendumsklausel.

### 1.5.2 Inkrafttreten

- 232\* Ein Bundesbeschluss über die Genehmigung eines völkerrechtlichen Vertrags, in den ein Gesetz zur Umsetzung aufgenommen wird, regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes in seinen Schlussbestimmungen; das Gesetz selber enthält keine Inkrafttretensbestimmung. Die Formeln für den häufigsten Fall, nämlich die Delegation der Inkraftsetzungskompetenz an den Bundesrat, finden sich in Anhang 2a Ziffer 1 (Art. 3 Abs. 2 des Bundesbeschlusses). Für Sonderfälle vgl. die Rz. 173–186.

\* Randziffer geändert durch den Beschluss der Begleitgruppe GTR vom 16. Nov. 2017.

#### 1.5.2.1 – Inkrafttreten an Bundesrat delegiert

- 172 Die Delegation der Inkraftsetzungskompetenz an den Bundesrat ist die Regel (vgl. [Gesetzgebungsleitfaden](#), Rz. 995).

Die Formel lautet:

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Der Beschluss des Bundesrates über das Inkrafttreten erfolgt in der Form eines (nicht in Erlassform gekleideten) Bundesratsbeschlusses, der von der BK dem Gesetz bei der Veröffentlichung in der AS beigefügt wird. Die Verordnungsform wird nur bei Teilkraftsetzungen verwendet (Rz. 182, 183, 184, 185 und 186).

Beispiel:

*Ablauf der Referendumsfrist und Inkraftsetzung*

<sup>1</sup> Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 7. Oktober 2010 unbenützt abgelaufen.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Es wird auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.

27. Oktober 2010

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Doris Leuthard



Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

<sup>5</sup> BBl 2010 4267

→ [AS 2010 4989](#)

### 1.5.2.2 – Inkrafttreten durch das Parlament beschlossen

- 173 Insbesondere wenn ein bestimmter Inkrafttretenszeitpunkt zwingend ist (z.B. bei Nachfolgegesetzgebung für einen auslaufenden Erlass), kann das Inkrafttreten vom Parlament direkt im Erlass festgelegt werden.

Um dem möglichen Referendum Rechnung zu tragen, kann unter Umständen die folgende Formel verwendet werden:

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.  
<sup>2</sup> Steht zehn Tage nach Ablauf der Referendumsfrist fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es am ersten Tag des vierten Monats nach dem Ablauf der Referendumsfrist in Kraft.  
<sup>3</sup> Steht erst später fest, dass kein Referendum zustande gekommen ist, so bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten.  
<sup>4</sup> Wird das Gesetz in der Volksabstimmung angenommen, so tritt es am Tag nach der Abstimmung in Kraft.

Legt das Parlament das Inkrafttreten im Fall der Annahme in der Volksabstimmung nicht selber fest, so werden die Absätze 3 und 4 durch den folgenden Absatz ersetzt:

...  
<sup>3</sup> Andernfalls bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten.

In Absatz 2 kann auch mit konkreten Daten gearbeitet werden. Dann muss aber sichergestellt sein, dass diese der BK im Routinefall genügend Zeit lassen, um festzustellen, dass kein Referendum zustande gekommen ist:

...  
<sup>2</sup> Steht am ... fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es am ... in Kraft.  
...

### 1.5.2.3 Rückwirkendes Inkrafttreten

- 174 Soll das Gesetz rückwirkend in Kraft gesetzt werden, so wird dies explizit angeordnet:

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.  
<sup>2</sup> Steht zehn Tage nach Ablauf der Referendumsfrist fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es rückwirkend auf den ... in Kraft.  
<sup>3</sup> Andernfalls bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten.

Soll der Bundesrat die Möglichkeit haben, das Gesetz rückwirkend in Kraft zu setzen, so wird dies ebenfalls explizit vorgesehen:

...

<sup>3</sup> Andernfalls bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten; er kann das Gesetz rückwirkend in Kraft setzen.

#### 1.5.2.4 Inkrafttreten dringlicher Bundesgesetze

175\* *Ein dringliches Bundesgesetz* tritt in der Regel am Tag nach der Verabschiedung in Kraft. In diesem Fall ist das Gesetz dringlich zu veröffentlichen (Formel nach Rz. 61).

\* Randziffer geändert durch den Beschluss der Begleitgruppe GTR vom 27. Okt. 2016.

#### 1.5.2.5 Gestaffeltes Inkrafttreten

176 Von gestaffeltem Inkrafttreten spricht man, wenn die einzelnen Bestimmungen eines Erlasses auf unterschiedliche Zeitpunkte hin in Kraft gesetzt werden. Ein Unterfall davon ist die Teilkraftsetzung (Rz. 182, 183, 184, 185 und 186): Hier werden nicht die Zeitpunkte aller Staffeln auf einmal festgelegt, sondern ein Teil wurde früher schon festgelegt oder ein Teil wird noch offengelassen (oder beides).

##### 1.5.2.5.1 – Inkraftsetzung durch das Parlament

177 Das Inkrafttreten eines Gesetzes zu verschiedenen Zeitpunkten kann im Erlass selber festgelegt werden. Für die entsprechenden Schlussbestimmungen ist die folgende Formel zu verwenden:

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Steht zehn Tage nach Ablauf der Referendumsfrist fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es wie folgt in Kraft:

a. die Artikel ...: am ...;

b. Artikel ...: am ....

<sup>3</sup> Andernfalls bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten.

178 Falls ein Grossteil der Bestimmungen gleichzeitig und nur ganz wenige Bestimmungen zu einem anderen Zeitpunkt in Kraft treten sollen, empfiehlt sich folgende Inkrafttretensformel:

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Steht zehn Tage nach Ablauf der Referendumsfrist fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es wie folgt in Kraft:

a. alle Bestimmungen ausser Artikel 4 Absatz 2: am ...;

b. Artikel 4 Absatz 2: am ....

<sup>3</sup> Andernfalls bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten.

179 Sollen hingegen mehrere Bestimmungen zu einem anderen Zeitpunkt als der Rest des Gesetzes in Kraft treten, so kann die Formel auch wie folgt lauten:

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Steht zehn Tage nach Ablauf der Referendumsfrist fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es wie folgt in Kraft:

- a. die Artikel ...: am 1. Januar ...;
- b. die übrigen Bestimmungen: am 1. Juli ....

<sup>3</sup> Andernfalls bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten.

#### 1.5.2.5.2 – Inkraftsetzung ganz oder teilw eise an Bundesrat delegiert

- 180 Die einfachste Art und Weise, um ein gestaffeltes Inkrafttreten zu erreichen, besteht darin, die Inkraftsetzung an den Bundesrat zu delegieren, worauf dieser die Staffelung vorsieht (Formel nach Rz. 172: «Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten»).

Setzt der Bundesrat in diesem Fall *in einem Mal* die Inkrafttretensdaten für alle Bestimmungen fest, so geschieht dies nach der allgemeinen Regel von Randziffer 172 in Form eines (nicht in Erlassform gekleideten) Bundesratsbeschlusses.

- 181 Das Parlament kann sich auch darauf beschränken, das Inkrafttreten nur eines Teils selber zu bestimmen und die Inkraftsetzung der übrigen Teile an den Bundesrat zu delegieren. In diesem Fall kann folgende Formel verwendet werden:

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Steht zehn Tage nach Ablauf der Referendumsfrist fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es wie folgt in Kraft:

- a. Die Artikel ... treten am ... in Kraft.
- b. Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten der übrigen Bestimmungen.

<sup>3</sup> Andernfalls bestimmt der Bundesrat das Inkrafttreten aller Bestimmungen.

#### 1.5.2.5.3 Teilkraftsetzungsverordnungen (Sonderfall des gestaffelten Inkrafttretens)

- 182 Verordnungen über die Teilkraftsetzung eines Gesetzes (Teilkraftsetzungsverordnungen) dienen dazu, Bestimmungen des Gesetzes in Kraft zu setzen, wenn andere Bestimmungen bereits früher in Kraft gesetzt worden sind. Die erste Teilkraftsetzung erfolgt nicht mit einer Teilkraftsetzungsverordnung, sondern entweder direkt im betreffenden Erlass selber oder mit einem blossen Bundesratsbeschluss, der mit dem Erlass zusammen publiziert wird.

#### 1.5.2.5.3.1 – Titel

- 183 Die Titel von Teilkraftsetzungsverordnungen lauten je nach Stadium der Inkraftsetzung wie folgt:

– Alle Teilkraftsetzungen ausser die letzte:

**Verordnung  
über eine Teilkraftsetzung des ...gesetzes /  
der Änderung vom ... des ...gesetzes**

– Letzte, abschliessende Teilkraftsetzung:

**Verordnung  
über die abschliessende Inkraftsetzung des ...gesetzes /  
der Änderung vom ... des ...gesetzes**

1.5.2.5.3.2 – Inhalt und Struktur

184 Bei stark gestaffelter Inkraftsetzung kann es sinnvoll sein, anzugeben, was bereits früher in Kraft gesetzt worden ist und was erst später in Kraft gesetzt werden wird. Solche rein informativen Bestimmungen sind in einer Teilinkraftsetzungsverordnung insofern vertretbar, als eine solche Verordnung lediglich in der AS publiziert wird.

Es ist aber unbedingt darauf zu achten, dass die normative Bestimmung – die Teilinkraftsetzung – klar abgetrennt ist von den informativen Bestimmungen.

185 Dabei gilt folgende Struktur:

- in einer Fussnote zum Ingress (genauer: zur Nennung des in Kraft zu setzenden Erlasses): die erste informative Bestimmung: was bereits früher in Kraft getreten ist
- die normative Bestimmung: die Teilinkraftsetzung
- die zweite informative Bestimmung: was erst später in Kraft gesetzt werden wird.

Beispiel:

**Verordnung  
über eine Teilinkraftsetzung des Mehrwertsteuergesetzes**

vom 12. Oktober 2011

---

*Der Schweizerische Bundesrat,*  
gestützt auf Artikel 116 Absatz 2 des Mehrwertsteuergesetzes vom 12. Juni 2009<sup>1</sup> (MWSTG),  
*verordnet:*

**Einziges Artikel**

<sup>1</sup> Artikel 78 Absatz 4 MWSTG tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

<sup>2</sup> Artikel 34 Absatz 3 wird zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft gesetzt.

<sup>1</sup> SR 641.20; bereits in Kraft gesetzte Bestimmungen: AS 2009 5203 5257

1.5.2.5.3.3 – klare Bezeichnung der Bestimmungen, die in Kraft gesetzt wurden

186 Der Titel und die Bestimmungen einer Teilinkraftsetzungsverordnung nennen den Titel des in Kraft zu setzenden Erlasses. Dies kann zu irreführenden Bezeichnungen des eigentlichen Inkraftsetzungsobjekts führen, wenn zum Beispiel nur eine Bestimmung aus der «Änderung anderer Erlasse» in Kraft gesetzt wird. In diesen Fällen sollte das eigentliche Inkraftsetzungsobjekt zusätzlich genannt werden.

Beispiel:

**Verordnung  
über die abschliessende Inkraftsetzung der Änderung  
vom 16. Dezember 2005 des Bundesgesetzes über die Kranken-  
versicherung  
(Art. 82a des Asylgesetzes)**

vom 24. Oktober 2007

---

*Der Schweizerische Bundesrat,*

gestützt auf Ziffer III der Änderung vom 16. Dezember 2005<sup>1</sup> des Bundesgesetzes vom 18. März 1994<sup>2</sup> über die Krankenversicherung (KVG),

*verordnet:*

**Einziges Artikel**

Ziffer II der Änderung vom 16. Dezember 2005 des KVG (Art. 82a des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>3</sup>) tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

<sup>1</sup> AS 2006 4823; bereits in Kraft gesetzte Bestimmungen: AS 2006 4823 4825

<sup>2</sup> SR 832.10

<sup>3</sup> SR 142.31

# Index

## - 0 -

004	4
022	8
023	8
024	8
025	8
026	8
027	8
028	8
029	8
077	12
078	12
079	12
080	12
082	12
083	13
084	13
085	13
086	13
087	13
088	13
089	13
090	13
091	13
092	15

## - 1 -

172	24
173	25
174	25
175	26
176	26
177	26
178	26
179	26
180	27
181	27
182	27
183	27

184	28
185	28
186	28
190	4
195	4
196	4
197	4
198	4
199	4

## - 2 -

200	4
201	8
205	8
206	8
210	12
212	15
213	15
214	15
215	15
216	21
217	22
218	23
219	21
227	24
228	24
229	24
232	24

## - 3 -

380	17
381	18
382	19
383	17
384	17
385	6
386	8
387	19
388	20
389	20

## - A -

Absatz	12, 13
--------	--------

Allgemeines 12, 13  
 Artikel 12, 13, 15  
 Aufzählung 13  
 Ausserordentliche Veröffentlichung 26

## - B -

Beitritt zu voelkerrechtlichem Vertrag 21  
 Beschluss intrnationaler Organisationen 4  
 Buchstabe 13  
 Bundesbeschluss 4, 6, 8, 12, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24  
 Bundesbeschluss zur Genehmigung 4, 6, 8, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24  
 Bundesgesetz 8, 24, 25, 26, 27, 28

## - E -

Einleitungssatz 13, 15  
 Erklärung (voelkerrechtlicher Vertrag) 22  
 erlassendes Organ 4  
 Erlassgliederung 4, 8, 12, 13, 15  
 Erlassstitel 4  
 Ersatz von Ausdruecken 6, 8, 17, 18, 19, 20  
 erwlaturverordnung 13  
 EU-Recht 6, 8, 17, 18, 19, 20, 25, 27, 28

## - F -

Fussnote 28

## - G -

Genehmigung eines voelkerrechtlichen Vertrags 4, 8, 15, 21, 22, 23  
 Generalverweisung 6, 8, 17, 18, 19, 20  
 Gesetz 26, 27, 28  
 gestaffeltes Inkrafttreten 26, 27, 28  
 Gliederung und Gestaltung 12, 13, 15

## - I -

Ingress 8  
 Inkraftsetzung 24  
 Inkraftsetzung / Inkrafttreten 24, 25, 26, 27, 28  
 Inkrafttreten 24

Interpunktion (insbes. in Aufzählung) 13

## - K -

Klammerverweis 8, 13  
 kompetenzbegründende Norm 8

## - O -

Organzustaendigkeit 8  
 Organzuständigkeit 8

## - P -

Parlamentarische Initiative (insb. Ingress) 8

## - R -

Rahmensatz 8  
 Ratifikation 21  
 Rechtsgrundlage eines Erlasses 8  
 Referendums Klausel 24

## - S -

Sachueberschrift 12  
 Satz 13, 15  
 Schengen / Dublin 6, 8, 17, 18, 19, 20  
 Schlussbestimmungen (s. auch Vollzug, Aufhebung / Aenderung anderer Erlasse, Übergangsbestimmung, Koordinationsbestimmung, Referendum, Inkrafttreten, Befristung / Geltungsdauer) 24, 25, 26  
 Schlussbestimmungen (s. auch Vollzug, Aufhebung / Aenderung anderer Erlasse, Uebergangsbestimmung, Koordinationsbestimmung, Referendum, Inkrafttreten, Befristung / Geltungsdauer) 24, 27, 28  
 Strich 13

## - T -

Tabelle 13  
 Teilinkraftsetzung 27, 28

## - V -

Verordnung 8, 25, 27, 28

Verordnung der Bundesversammlung 4, 8, 24, 25,  
26, 27, 28

Verweis in Sachueberschrift oder Gliederungstitel 8

Voelkerrechtlicher Vertrag 4, 6, 8, 15, 17, 18, 19,  
20, 21, 22, 23, 24

Vorbehalt (voelkerrechtlicher Vertrag) 22, 23

## - W -

Weisung 13

## - Z -

Ziffer 13